

Demokratie 2.0

Gesellschaft im Umbruch

Dr. Rainer Ibowski



Wir verweisen gerne stolz auf unsere Demokratie. Wir empfinden Demokratie als die beste aller schlechten Staatsformen. Wir nutzen gerne demokratische Freiheiten und verteidigen sie. Die Bilanz von Vor- und Nachteilen der Demokratie ist positiv. Werden wir weiter die Demokratie in den nächsten Jahrzehnten hochhalten? Werden gesellschaftspolitische Veränderungen eine neue Staatsform erfordern? Oder wird es reichen, unsere Demokratie einer Revision zu unterziehen, also eine Version Demokratie 2.0 zu entwickeln? Der in aller Welt erblühende Populismus zwingt uns, mit dieser überfälligen Überarbeitung endlich zu beginnen.

Wegen einiger Tendenzen in manchen Ländern erscheint es mir wichtig zu betonen, dass Demokratie (griechisch *δημοκρατία*, „Herrschaft des Staatsvolkes“) eine Staatsform darstellt, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen. In demokratischen Staaten geht die Regierung durch politische Wahlen aus dem Volk hervor. Typische Merkmale der Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmässigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte. Da die Herrschaft durch die Allgemeinheit ausgeübt wird, sind Meinungs- und Pressefreiheit zur politischen Willensbildung unerlässlich.

In der Schule lernen wir vom frühesten Beispiel einer Demokratie, der antiken Attischen Demokratie, die sich im 5. Jahrhundert vor der Zeitwende entwickelte. Sie gewährte allen männlichen Vollbürgern der Stadt Athen ab Vollendung des 30. Lebensjahres Mitbestimmung in der Regierung. Diese antike Staatsform war nicht unumstritten, erlaubte sie beispielsweise den Bürgern das Recht, Mitbürger, die als gefährlich für die Demokratie angesehen wurden, mit Hilfe des sogenannten Scherbengerichts in die Verbannung zu schicken. Auch waren die Beschlüsse der

Volkversammlung leicht beeinflussbar. Demagogen spielten nicht selten eine fatale Rolle in der Politik Athens.

Auch die Römische Republik verwirklichte zunächst eine Gesellschaft mit rudimentären demokratischen Elementen. Cicero romanisierte den Begriff der Demokratie als *civitas popularis*. Die spätrepublikanische Bezeichnung der „Popularen“ wird zum Namensgeber der entsprechenden Verfassungsform. Nach Cicero besticht diese Herrschaftsform durch die Freiheit, die die Bürger in ihr genießen, wobei er diese aber auch stets durch die Gefahr der Zügellosigkeit der Masse bedroht sah.

Diese grundsätzlichen Elemente einer demokratischen Staatsform leben unbestritten fort. Notwendige Verbesserungen beziehen sich auf eine wirkliche Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Bürger und, wichtiger noch als in Athen, auf den Ausschluss von Demagogen, die im Zeitalter der Digitalisierung und der Netzwerke ein viel leichteres Spiel als früher haben. Der wirkliche Zwang zur Überarbeitung kommt aber aus dem Wandel unserer Gesellschaft, der sich immer mehr beschleunigt. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen des 19. und 20. Jahrhunderts zerfallen, ohne dass wir eine klare Vorstellung einer zukünftigen Gesellschaft besitzen.

Obsoleete Wirtschaftsordnungen

Blicken wir kurz zurück. Die kapitalistische Ordnung ist vielschichtig und nicht exakt definierbar. Allgemein wird unter Kapitalismus eine Wirtschaftsform verstanden, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und einer Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt beruht. Damit einher geht zumeist das Streben nach Gewinn im kontinuierlichen, rationalen kapitalistischen Betrieb. Der Kapitalismus hat seine Wurzeln im ausgehenden europäischen Mittelalter, als diese Wirtschaftsform Feudalismus und Merkantilismus ablöste. Heute sehen wir mehr den Industriekapitalismus, der seinen Ausgang mit der industriellen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts nahm. Die „industriellen Kapitalisten“ investierten in Fabriken, die sie als Anlageobjekte ansahen, in denen Lohnarbeiter in einer neuen maschinenunterstützten Arbeitsteilung ein Produkt herstellten.

Aus dieser Klassenteilung entstand um 1840 in Frankreich als gesellschafts-politische Utopie die Idee des Kommunismus (lateinisch *communis*, „gemeinsam“). Dieser politisch-ideologische Begriff beruhte auf Vorstellungen von sozialer Gleichheit und Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder und auf der Basis von Gemeineigentum und kollektiver Problemlösung. Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin griffen diese ökonomischen und politischen Lehren mit dem Ziel auf, eine herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft zu errichten. Die Versuche, kommunistische Gesellschaftsformen auf Staatsformen zu übertragen, scheiterten jedoch am Machtstreben der neuen Eliten und endeten in Parteidiktaturen.

Die meisten pseudo-kommunistischen Diktaturen brachen um das Jahr 1990 zusammen. Es erfolgte in diesen Ländern ein nahezu kritikloser Übergang in eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine Überarbeitung der Ordnung fand nicht statt. Eine exzellente Gelegenheit wurde vertan, denn nicht nur der Kommunismus sondern auch der Kapitalismus ist aufs Altenteil geraten. Dies spüren wir heute in bedrohlicher Form. Der Industriekapitalismus des ausgehenden 18. Jahrhunderts ist stärker denn je: die Entwicklungsorganisation Oxfam errechnete, dass Anfang 2017 die acht reichsten Menschen der Welt gemeinsam ein ähnlich grosses Vermögen (426 Milliarden US-Dollar) wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit (3,6 Milliarden Menschen mit 409 Milliarden US-Dollar) besitzt. Aber auch in entwickelten Gesellschaften ist eine solche Schere vorhanden. Laut Oxfam haben in Deutschland 36 Milliardäre so viel Vermögen (297 Milliarden US-Dollar) wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung; das reichste Prozent der Deutschen besitzt rund ein Drittel des gesamten Vermögens.

Populismus

Die Krise in unserer Gesellschaft nur auf die Diskrepanz zwischen Arm und Reich zu beschränken, ist zu einfach. Oder, wie es gerne formuliert wird, es geht nicht nur um das Auseinanderdriften von Etablierten und „Abgehängten“.

Die Rechtspopulisten finden ihr Klientel in den in der Gesellschaft Benachteiligten. Dies war schon immer so, aber neu ist die in selbst reichen Ländern mehr gefühlte als reale Stimmung. Dieser Zulauf zu Populisten ist nahezu schizophren. Gerade die

am rechten Rand des politischen Spektrums agierenden Populisten sehen die Lösung in alten, meist nationalen Abschottungsansätzen. Mir kommt das oft so vor, als ob wir unsere Handy-Welt mit Drehscheiben-Telefonen retten wollten - nur gefährlicher, weil wie im alten Athen Rattenfänger auf ihrer Flöte spielen. Den Plebs „Wir sind das Volk“ rufen lassen und dann die Spaltung des Volkes vorantreiben, sind durchschaubare Strategien von Meister-Demagogen wie Donald Trump und Recep Tayyip Erdoğan. Wenn das lateinische Wort *populus*, Volk, erhalten muss, dann wäre das ebenfalls etymologisch darauf zurückgehende Wort vom Pöbel deutlicher.

Allerdings sind auch die anderen Parteien nicht viel besser. Christlich-Konservative und Sozialdemokraten beschwören die alten Grundwerte ihrer Bewegung. Wer dies in einer Zeit tut, in der die Digitalisierung aller Lebensräume unaufhaltsam voranschreitet, lebt ebenfalls im Gestern. Auf diese Weise ist es einfach aber nichtsdestotrotz falsch, Herausforderungen an die Gesellschaft in einer nicht mehr allzu fernen Zukunft zu ignorieren.

Revolution in der Arbeitswelt

Wie wird unsere Gesellschaft und unsere Welt in 20 oder 30 Jahren aussehen?

Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten. Wir müssen uns nur an die Zeit vor 20, 30 Jahren erinnern, an die damals noch „undenkbaren“ Technologien insbesondere im Digitalbereich. Eine gleich lange Vorausschau, die wir auch von unseren Volksvertretern verlangen sollten, lässt ahnen, wie die neue industrielle Revolution der globalen Digitalisierung unser Leben dramatisch verändern wird.

2050: in der digitalisierten Wirtschaft sind viele Arbeitsplätze verschwunden. Die Automobilindustrie wird durch IT-Konzerne wie Apple, Google und Huawei beherrscht. Private PKW sind durch autonom fahrende Kabinen ersetzt. Der elektrische Antrieb hat den drohenden Klimawechsel gebremst. Hier wie in allen anderen verarbeitenden und produzierenden Gewerben haben Roboter weitgehend menschliche Tätigkeiten übernommen.

Ein paar weitere Beispiele: auf allen Ebenen der Verwaltung sind Computer schneller und effizienter als die bisherigen Angestellten. Damit haben IT-Unerfahrene keine Probleme, denn eine perfekte Spracherkennung ermöglicht allen den unkomplizierten Online-Zugang. Juristen sind nur noch mit aussergewöhnlichen Sonderfällen beschäftigt. Software klärt Normalfälle schnell und vor allem einheitlich und gerecht. Auch in der Medizin hat sich vieles gewandelt. Diagnose ist in aller Regel eine Aufgabe der am Körper tragbaren Sensoren, die per Telemetrie Daten an den zentralen Medizin-Computer übertragen, der dann eine optimale Therapie vorschlägt. Das automatisierte Labor fertigt daraufhin die auf den Einzelnen zugeschnittenen Medikamente. Roboter können sogar einfache Operationen ausführen. Und selbst bei der Stadtreinigung und der Müllabfuhr, also in einfachen Dienstleistungssektoren, werden automatische Systeme Menschen ersetzen.

Ein solches oder ähnliches Szenario wird nicht überall auf der Welt gleichzeitig eintreffen, aber für zum Beispiel die heutigen G20-Länder wird es wohl unvermeidlich sein. Sorgen um die Alterspyramide der Bevölkerung und die verbundene Rentenfrage wirken gegenüber dieser Herausforderung klein. Nun werden wir Menschen nicht ganz verschwinden, aber unser Wirken in der Gesellschaft wird insbesondere gut ausgebildeten Spezialisten vorbehalten sein. Im Umkehrschluss heisst dies jedoch, dass eine Hälfte unserer Mitmenschen, um es negativ zu formulieren, „abgehängt“ sein wird, wenn wir nicht neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickeln. Alleine auf die Bedrohung durch Globalisierung und Digitalisierung hinzuweisen, hilft niemandem.

Demokratie 2.0

Was sind mögliche Antworten auf eine solche Gesellschaftskrise? Sind Massnahmen denkbar, die eine stabile Gesellschaftsordnung erhalten?

Wir alle müssen einen Paradigmen-Wechsel anstreben. Unser Ziel darf nicht Wohlstand sondern Lebensqualität für alle heissen. Bei einer Arbeitslosenquote von 50 % wird ein staatliches Grundgehalt unausweichlich, um die individuellen Bedürfnisse zu decken. Grundversorgung wie im Gesundheitswesen und in der Mobilität werden direkt durch die Gesellschaft für alle übernommen. Dies wird zu neuen

Schwerpunkten im Staatshaushalt führen und eine komplette Änderung im Steuerwesen erfordern. Nicht Einkommen sondern Produkte und ihre Nutzung werden besteuert werden, auch mit dem Zweck, mit den Ressourcen nachhaltig umzugehen. Ausserdem werden heute noch unverhältnismässig hohe Einkommen gedeckelt werden müssen, um den sozialen Frieden zu erhalten.

Die Hauptgefahr dieser neuen Zweiklassen-Gesellschaft besteht in der Lethargie, die sich bei den Menschen mit „dauernder Freizeit“ einstellen könnte. Dem kann mit einer Vordergrund/Hintergrund-Arbeitswelt abgeholfen werden. Es sollten sich kleine Teams bilden, in denen ein Teil der täglichen Routine nachgeht, während der andere Teil Zeit und Musse hat, kreativ über Verbesserungen der Arbeitsabläufe und der Produkte nachzudenken. Alle ein bis zwei Jahre werden dann die Rollen getauscht. Finanzielle Erfolge werden im Team geteilt - mit den angesprochenen Deckelungen.

Nicht in allen Berufen ist ein solcher Austausch möglich. Dann sollten andere Initiativen für die Nicht-Berufstätigen angeboten werden, wie freiwillige weiterbildende oder künstlerisch-musische Angebote. Dabei muss die Freiwilligkeit betont werden; eine erpresserische Verknüpfung von Grundgehalt und Massnahmen würde die neue gesellschaftliche Ordnung erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Wir müssen jetzt anfangen, auf den notwendigen Paradigmenwechsel hinzuwirken. Die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und aller politischen Strömungen in diesen Prozess wird den Demagogen den Wind aus den Segeln nehmen. Am Ende steht dann die erwünschte Demokratie 2.0. Ist 2050 zu konservativ für diesen Umbruch gedacht?

Reichshof, im März 2017

© Dr. Rainer Ibowski